



Niederschrift

9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Sitzungstermin:	Dienstag, 25.02.2020
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21.05 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. phil. Wieland Niekisch CDU Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer SPD
Frau Babette Reimers SPD
Frau Saskia Hüneke Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Dr. Gert Zöller Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Ralf Jäkel DIE LINKE
Herr Steffen Pfrogner DIE aNDERE
Herr Ambros Josef Tazreiter AfD

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis bis 20.25 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Tina Lange DIE LINKE
Herr Chaled-Uwe Said AfD von 18.05 Uhr bis ca. 20.30 Uhr

sachkundige Einwohner

Herr Marcel Schulz SPD
Frau Dr. Ellen Chwolik-
Lanfermann Freie Demokraten
Herr Ken Gericke Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Horst Heinzel BürgerBündnis
Herr Stefan Matz DIE LINKE bis 20.20 Uhr

Herr Werner Pahnhenrich CDU

Vertreter der Beiräte

Frau Heike Thiel Beirat für Menschen mit Behinderungen bis 20.20 Uhr

Beratendes Mitglied von Fridays For Future

. Herr Nico Grützke

Beigeordneter

Herr Bernd Rubelt Geschäftsbereich 4

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Anja Günther ~~DIE LINKE~~ entschuldigt
Herr Ambros Josef Tazreiter AfD entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr André Tomczak DIE aNDERE entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Frau Dr. Ursula Zufelde Seniorenbeirat nicht teilgenommen

Gäste:

Frau Kühn Bereich Verbindliche Bauleitplanung zu TOP 4.2
Frau Holtkamp Bereich Verbindliche Bauleitplanung zu TOP 4.2 und 4.6
Herr Becker Bereich Verkehr und Technik zu TOP 4.9, 4.10 und 4.11
Frau Woiwode Bereich Verkehrsanlagen zu TOP 4.9, 5.1 und 6
Herr Daenzer Steuerungsunterstützung zu TOP 4.12
Herr Richter Kommunalen Immobilien Service zu TOP 4.3 und 4.4
Herr Jekel Bereich Wohnen zu TOP 4.4
Herr Sträter Ortsvorsteher Groß Glienicke zu TOP 2
Herr Frehse Stadtverordneter Die PARTEI zu TOP 4.9
Frau Oxana Adams Bürgerinitiative „Bürger für Waldstadt“ - Rederecht zu TOP 4.12.7
Frau Kerstin Woller Bürgerinitiative „Bürger für Waldstadt“ - Rederecht zu TOP 4.12.7
Herr Dauber Einbringer des Bürgerhaushaltsvorschlages - Rederecht zu TOP 4.12.12
Herr Mehlmann Vertreter des Sozialwerkes zu TOP 4.9

Schriftführerin:

Frau Viola Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.02.20 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den
Kinderbauernhof am bisherigen Standort in Groß Glienicke
Vorlage: 19/SVV/0994
Fraktion DIE LINKE
(Wiedervorlage)
 - 4.2 Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägung und
Satzungsbeschluss
Vorlage: 19/SVV/1101
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Fahrland, KUM
(abschließende Lesung)
 - 4.3 Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland
Vorlage: 19/SVV/1302
Fraktion DIE LINKE
SBWL, B/Sp., OBR Fahrland
(Wiedervorlage)
 - 4.4 Kommunaler sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland
Vorlage: 19/SVV/1308
Fraktion DIE LINKE
SBWL, GSWI, OBR Fahrland
(Wiedervorlage)
 - 4.5 Zugang zum Havel Quartier Potsdam für Menschen mit Mobilitätseinschränkung
Vorlage: 19/SVV/1306
Fraktion der Freien Demokraten
SBWL, GSWI
(Wiedervorlage)
 - 4.6 Bebauungsplan Nr. 119 "Medienstadt", Abwägungsbeschluss sowie
Flächennutzungsplan-Änderung "Medienstadt" (22/17) Abwägung und
Feststellungsbeschluss
Vorlage: 20/SVV/0061
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KUM, SBWL
(2. Lesung)

- 4.7 Fortschreibung der "Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam" (Potsdamer Baulandmodell 2019)
Vorlage: 20/SVV/0081
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBWL, GSWI
(2. Lesung)
- 4.8 Anpassung des Potsdamer Baulandmodells
Vorlage: 19/SVV/0334
Fraktion DIE LINKE
(Wiedervorlage)
- 4.9 Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung
Vorlage: 20/SVV/0022
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
- 4.10 Barrierefreier und belästigungsarmer Weihnachtsmarkt ab 2020
Vorlage: 20/SVV/0011
Fraktion DIE aNDERE
SBWL, OS, HA
- 4.11 Weiterentwicklung des zentralen Weihnachtsmarktes in der Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 20/SVV/0090
Fraktion der Freien Demokraten
SBWL, OS, HA
- 4.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21
- 4.12.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 1: Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau Garnisonkirche
Vorlage: 20/SVV/0030
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 4: Energie-Einsparung durch weniger Straßenbeleuchtung
Vorlage: 20/SVV/0033
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 8: Klimanotstand: Schutzprogramm beschleunigen und Bäume pflanzen
Vorlage: 20/SVV/0037
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 6: Kostenfreier öffentlicher Nahverkehr für alle in Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0035
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 10: Autofreie Innenstadt und verkehrsberuhigte Quartiere
Vorlage: 20/SVV/0039
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 11: Entlastung des Potsdamer Nordens: 2. Nord-Süd-Verbindung Straßenbahn
Vorlage: 20/SVV/0040

- Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 14: Walderhalt im Planungsverfahren 'Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd'
Vorlage: 20/SVV/0043
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 15: Oberbürgermeister soll Wiederaufbau der Garnisonkirche unterstützen
Vorlage: 20/SVV/0044
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 16: Fahrradwege in Potsdam ausbauen und sicherer gestalten
Vorlage: 20/SVV/0045
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 17: Umgehungsstraße realisieren (Havelspange, 3. Havelübergang)
Vorlage: 20/SVV/0046
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 18: Grüne Dächer und Fassaden für ein besseres Stadtklima
Vorlage: 20/SVV/0047
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.12.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 20: Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen als 'Herzbad im Volkspark'
Vorlage: 20/SVV/0049
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht zur Wegsanierung in Potsdam West (gemäß Beschluss 19/SVV/0845)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Niekisch, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 11.02.20 / Feststellung der öffentlichen

Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 11.02.2020 liegt den Ausschussmitgliedern noch nicht vor. Die Bestätigung der Niederschrift wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Zur Tagesordnung werden folgende Wünsche vorgebracht:

- Frau Dr. Chwolik-Lanfermann bittet um nochmalige Zurückstellung des Antrages 19/SVV/1306 (TOP 4.5), da es zur Modifizierung des Beschlusstextes noch weiteren Abstimmungsbedarf in der Fraktion gibt.
- Von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird an die zum Ausbau der Heinrich-Mann-Allee durchgeführte Einwohnerversammlung erinnert und um Informationen zu den Prüfaufträgen unter dem TOP Sonstiges gebeten.
- Herr Jäkel teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE den Antrag 19/SVV/0334 (TOP 4.8) zurückzieht.
- Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) bittet auch den Antrag 19/SVV/0994 (TOP 4.1) nochmals zurückzustellen. Er berichtet, dass der Ortsbeirat dem vorgenannten Antrag in der Ursprungsfassung mit knapper Mehrheit zugestimmt habe. Dies sei jedoch mit „Bauchschmerzen“ erfolgt. Gleichzeitig wurde im Ortsbeirat ein weiterer Beschluss zu dieser Thematik gefasst, welcher im Kern die Erwartungshaltung trägt, die Anlagen für das Grundstück Eichengrund 1 zu erhalten. Dafür soll in einem zu schließenden Städtebaulichen Vertrag die zukünftige Nutzung des Grundstücks vereinbart werden.
- Herr Heuer stellt den Geschäftsordnungsantrag, den gesamten TOP 4.12 Bürgerhaushaltsvorschläge 2020/21 zurückzustellen und bittet die Behandlung im Zusammenhang mit der noch bevorstehenden Haushaltsberatung durchzuführen. Ohne Kenntnis der noch einzubringenden Haushaltsvorlage könne keine sinnvolle Verknüpfung zur finanziellen Situation vorgenommen werden. Er regt an, zu jeder Sitzung 2 oder 3 Bürgerhaushaltsanträge zu behandeln.

Herr Pfrogner spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag. Der Bürgerhaushalt sei ein gesondertes Thema. Der Prozess des Bürgerhaushaltes solle gewürdigt werden. Von daher sei eine Behandlung im Komplex sinnvoll.

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass zu den Bürgerhaushaltsanträgen TOP 4.12.7 und 4.12.12 Anträge auf Rederecht von Frau Oxana Adams, Kerstin Woller und Herrn Dauber vorliegen und bittet diese zu gewähren.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung der wie folgt geänderten Tagesordnung:
Zurückstellung bzw. Streichung der TOP'e 4.1, 4.5, 4.8 und 4.12.

Der so geänderten Tagesordnung wird mit 7/1/1 zugestimmt.

Frau Oxana Adams bittet um das Wort und erklärt, dass sie ihren Antrag auf Rederecht für heute zurückziehen würde, wenn der Antrag im Anschluss nicht behandelt wird. Sie würde das Rederecht dann wahrnehmen, wenn der Antrag regulär auf der Tagesordnung steht und behandelt wird.

Frau Lange stellt den Geschäftsordnungsantrag die beiden Anträge mit Rederecht heute zu behandeln.

Frau Hüneke äußert, dass die Kopplung mit dem Haushalt wichtig sei.

Herr Dr. Niekisch bittet Herrn Daenzer die grundsätzliche Einbringung des Bürgerhaushaltes 2020/21 zu ermöglichen, die beiden Rederechte zu gewähren und die zugehörigen Anträge heute zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Verschiedene Ausschussmitglieder bedauern, dass sie noch immer keinen Zugang von außen zum Ratsinformationssystem haben, um sich entsprechend vorbereiten zu können.

Herr Pfrogner bittet für den Fall, dass es sich noch länger hinzieht, eine Möglichkeit der Übermittlung per USB oder CD zu finden, so dass die Unterlagen den Ausschussmitgliedern spätestens 5 Tage vor der Sitzung zugänglich sind.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Zur Vorstellung der Bauvorhaben in der Vorrunde gibt es keinen Beratungsbedarf.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den Kinderbauernhof am bisherigen Standort in Groß Glienicke

Vorlage: 19/SVV/0994

Fraktion DIE LINKE

(Wiedervorlage)

Zurückgestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung

zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland), Abwägung und Satzungsbeschluss

Vorlage: 19/SVV/1101

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

OBR Fahrland, KUM

(abschließende Lesung)

Frau Kühn (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und informiert über den bisherigen Ablauf des Bebauungsplanverfahrens seit Aufstellung im Jahr 2012. Der Ortsbeirat Fahrland, der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion sowie der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) haben sich intensiv mit der Vorlage und den eingebrachten Änderungs- und Ergänzungsanträgen befasst. Frau Kühn geht auf die im Ortsbeirat Fahrland und im KUM-Ausschuss eingebrachten Änderungsanträge, deren Umsetzbarkeit bzw. Auswirkungen auf das Bebauungsplanverfahren erläuternd ein:

- Dem Änderungsantrag zu den Stellplätzen könne mit der Einschränkung „temporär“ gefolgt werden.
- Dem Ergänzungsantrag zu den Altbäumen könne ebenfalls mit folgenden Einschüben „nach Maßgabe der Potsdamer Baumschutzverordnung“ und „im Rahmen der Festsetzungen des Bebauungsplans“ gefolgt werden.
- Zu dem Änderungsantrag Photovoltaik unterbreitet die Verwaltung folgenden Formulierungsvorschlag zur redaktionellen Änderung in der textlichen Festsetzung TF 6.2
„Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie sind nur in, an oder auf den Dachflächen liegend mit einer Befestigungskonstruktion von nicht mehr als 20 cm Abstand zur Dachfläche zulässig. Aufgeständerte Anlagen und Anlagen ohne Gebäudebezug sind nicht zulässig.
Die Oberflächen von Anlagen (...) auszubilden.“
- Zu dem Änderungsantrag Spielplätze wird auf die rechtsverbindliche Spielplatzsatzung verwiesen, welche ab einer festgelegten Anzahl von Wohneinheiten automatisch zur Anwendung kommt. Frau Kühn ergänzt, dass die mit dem Antrag gewünschte Änderung aufgrund der dann erforderlichen Änderung des Bebauungsplans eine nochmalige Pflicht zur öffentlichen Auslegungen erfordern würde. Die Verwaltung empfiehlt deshalb, diesem Antrag nicht zu folgen.

Es fügt sich eine kontroverse Diskussion unter Beteiligung von Frau Lange, Herrn Matz, Herrn Pfrogner, Herrn Jäkel, Herrn Kirsch, Herrn Gericke, Frau Hüneke und Frau Reimers an, in welcher insbesondere Frau Lange auf das Erfordernis einer zusätzlichen Ausweisung von Spielplätzen in Fahrland für die Altersgruppe von 0 bis 12 Jahren und den Synergieeffekt zum Schulsportplatz und zur Schule in

Fahrland verweist.

Herr Rubelt verweist darauf, dass Bebauungspläne bestimmte Bedingungen erfüllen müssen, um rechtssicher zu sein. Mit Annahme des Änderungsantrages zu den Spielplätzen müsste die Vorlage erneut in die öffentliche Beteiligung gehen, wofür entsprechende Kapazitäten beansprucht werden. In diesem Zusammenhang verweist Herr Rubelt auf die erst kürzlich behandelte Prioritätenliste der verbindlichen Bauleitplanung. Er unterbreitet das Angebot zu der Thematik Spielplätze gern nochmals Überlegungen zu einer temporären Nutzung zu führen, spricht sich jedoch gegen die nochmalige Änderung des Bebauungsplans aus

Die einzelnen Änderungsanträge werden zur Abstimmung gestellt:

Änderungsantrag zu den Stellplätzen (in der im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität geänderten Fassung mit dem Hinweis auf temporär)

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Stellplätze für die 36 Bestandswohnungen im Bebauungsplan „Am Friedhof“ in Fahrland (Döberitzer Str. 16, 18 und 20) (siehe S. 31 der Begründung) von derzeit 26 Stellplätzen für eine Dauer von 10 Jahren temporär auf mindestens 40 Stellplätze (1 pro Wohnung zzgl. 10% Gästeplätze) zu erhöhen. Alternativ können den Eigentümer*innen der 3 Gebäude Flächen angeboten, die ihnen ermöglichen, die fehlenden Parkplätze selbst herzustellen. Dabei werden jedoch nur Flächen aus dem WA1 (Einzel-/Doppelhäuser) genutzt, nicht jedoch aus WA4 oder WA5, um die dort zulässige Bebauung mit Hausgruppen nicht zu gefährden. Vorzugsweise ist eine Fläche auf dem Flurstück 181 südlich des Fehlowweges zwischen der Döberitzer Str. 16d und 18 dafür zu verwenden (siehe Kartenausschnitt im Anhang, farbig markiert).“

Abstimmungsergebnis: 8/1/0

Änderungsantrag zu Photovoltaik aus dem Ortsbeirat:

„Der Bebauungsplan Nr. 132 „Am Friedhof“ (OT Fahrland) ist dahingehend zu ändern, dass Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie auf Gebäuden, Garagen und Carports liegend oder aufgeständert, bis max. 20 cm Abstand zu den Dachziegeln und im Winkel der Dachneigung, zulässig sind. Die Angaben zur Oberflächenbeschaffenheit von Anlagen der Photovoltaik und der Solarthermie sind zu streichen.“

Abstimmungsergebnis: 3/4/2 – damit abgelehnt

Vorschlag der Verwaltung zur redaktionellen Änderung der textlichen Festsetzung 6.2 - Photovoltaik:

„Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie sind nur in, an oder auf den Dachflächen liegend mit einer Befestigungsstruktur von nicht mehr als 20 cm Abstand zur Dachfläche zulässig. Aufgeständerte Anlagen und Anlagen ohne Gebäudebezug sind nicht zulässig.

Die Oberflächen von Anlagen (...) auszubilden.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Änderungsantrag des Ortsbeirats Fahrland zu Kinderspielplätzen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Bebauungsplan Nr. 132 „Am Friedhof“ (OT Fahrland) einen zusammenhängenden Spielplatz von min. 250 m²

Gesamtfläche für 6-12jährige sowie 0-6jährige an der auf der Karte im Anhang eingezeichneten Fläche auf dem Flurstück 102/2 verbindlich festzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 2/4/3 – damit abgelehnt

Ergänzungsantrag aus dem Ortsbeirat Fahrland zu den Altbäumen, in der von Herrn Matz im SBWL-Ausschuss übernommenen verwaltungsseitig vorgeschlagenen geänderten Fassung:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) nach Maßgabe der Potsdamer Baumschutzverordnung dafür Sorge zu tragen, dass bei den anstehenden Baumaßnahmen möglichst viele Altbäume mit mindestens guter Qualität erhalten bleiben. Als Altbäume mit mindestens guter Qualität werden Bäume definiert, welche im Umweltbericht des Bebauungsplanes mit einer Vitalität zwischen 1 und 2 und einem Kronenumfang größer 5 Metern bzw. einem Stammumfang von min. 80 cm aufgelistet sind.

Sollten diese Altbäume einer geplanten Bebauung im Wege stehen, ist der Versuch zu unternehmen, im Rahmen der Festsetzungen des Bebauungsplans und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Eigentümer des Grundstücks die Planung der Lage der Baukörper so zu verändern, dass ein Erhalt der Altbäume erreicht werden kann. Dies gilt insbesondere für Grundstücke, welche sich derzeit im Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam befinden.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Fassung zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) entschieden (gemäß Anlagen 3A, 3B, 4A, 4B, 5A und 5B).
2. Der Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlagen 6 und 7).

Mit folgenden Ergänzungen/Änderungen:

- **Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Stellplätze für die 36 Bestandswohnungen im Bebauungsplan „Am Friedhof“ in Fahrland (Döberitzer Str. 16, 18 und 20) (siehe S. 31 der Begründung) von derzeit 26 Stellplätzen für eine Dauer von 10 Jahren temporär auf mindestens 40 Stellplätze (1 pro Wohnung zzgl. 10% Gästeplätze) zu erhöhen. Alternativ können den Eigentümer*innen der 3 Gebäude Flächen angeboten, die ihnen ermöglichen, die fehlenden Parkplätze selbst herzustellen. Dabei werden jedoch nur Flächen aus dem WA1 (Einzel-/Doppelhäuser) genutzt, nicht jedoch aus WA4 oder WA5, um die dort zulässige Bebauung mit Hausgruppen nicht zu gefährden.**

Vorzugsweise ist eine Fläche auf dem Flurstück 181 südlich des Fehlowweges zwischen der Döberitzer Str. 16d und 18 dafür zu verwenden (siehe Kartenausschnitt im Anhang, farbig markiert).

- **Redaktionelle Änderung der TF 6.2**
Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie sind nur in, an oder auf den Dachflächen liegend mit einer Befestigungsstruktur von nicht mehr als 20 cm Abstand zur Dachfläche zulässig. Aufgeständerte Anlagen und Anlagen ohne Gebäudebezug sind nicht zulässig.
Die Oberflächen von Anlagen (...) auszubilden.

- **Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) nach Maßgabe der Potsdamer Baumschutzverordnung dafür Sorge zu tragen, dass bei den anstehenden Baumaßnahmen möglichst viele Altbäume mit mindestens guter Qualität erhalten bleiben. Als Altbäume mit mindestens guter Qualität werden Bäume definiert, welche im Umweltbericht des Bebauungsplanes mit einer Vitalität zwischen 1 und 2 und einem Kronenumfang größer 5 Metern bzw. einem Stammumfang von min. 80 cm aufgelistet sind.**
Sollten diese Altbäume einer geplanten Bebauung im Wege stehen, ist der Versuch zu unternehmen, im Rahmen der Festsetzungen des Bebauungsplans und im Einvernehmen mit dem jeweiligen Eigentümer des Grundstücks die Planung der Lage der Baukörper so zu verändern, dass ein Erhalt der Altbäume erreicht werden kann. Dies gilt insbesondere für Grundstücke, welche sich derzeit im Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam befinden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	2
Stimmhaltung:	0

zu 4.3 Vorhalteflächen für Sozialinfrastruktur in Fahrland

Vorlage: 19/SVV/1302

Fraktion DIE LINKE
SBWL, B/Sp., OBR Fahrland
(Wiedervorlage)

Der Antrag wird durch Frau Lange eingebracht.

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) teilt mit, dass nur Flächen erforderlich sind, wenn es den Bedarf gibt. Bis mindestens 2024 könne der Hort- und Schulbedarf im Bestand gedeckt werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des

ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in kommunalem Eigentum befindlichen Flächen der Gemarkung Fahrland, Flur 2, Flurstück 179 im Bereich zwischen Friedhof und der neu geplanten Straße „Am Fahrländer Mühlenberg“ als Ersatz-Sozialflächen für die geplante Schul- und Horterweiterung der Regenbogenschule vorzuhalten.

Eine Veräußerung oder Bebauung dieser Flächen ist solange zurückzustellen, bis die dauerhafte Erweiterung der Grundschule Planreife hat und damit gesichert ist.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 4.4 Kommunalen sozialer Wohnungsbau an der Döberitzer Straße in Fahrland
Vorlage: 19/SVV/1308

Fraktion DIE LINKE
SBWL, GSWI, OBR Fahrland
(Wiedervorlage)

Der Antrag wird durch Frau Lange eingebracht.

Herr Jekel (Bereich Wohnen) geht kurz auf die Bedarfssituation ein und bestätigt, dass es in Fahrland keinen kommunalen Wohnungsbestand oder Mietpreis- und Belegungsbindung gebe. Die Verwaltung unterstützt den Antrag. Ergänzend macht Herr Jekel aufmerksam, dass die Gebietskulisse der Wohnraumförderung nicht für die gesamte Stadt gilt. Sollte die Ausdehnung zu einem späteren Zeitraum auf diesen Bereich erfolgen, wäre eine Belegungsbindung bis zu 70 % möglich.

Frau Lange dankt für den Hinweis und übernimmt für ihren Antrag das Wort mindestens.

Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) teilt mit, dass durch die Beigeordneten Herrn Exner und Herrn Rubelt heute die Vorlage „Leitlinien für Grundstücksverkäufe“ vorgestellt worden ist, welche in die März-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingebracht wird. In der Vorlage sind grundsätzliche Ansätze zum Umgang mit kommunalen Grundstücken hinsichtlich der Förderung des kommunalen Wohnraums enthalten. Er empfiehlt den Antrag nochmals zurückzustellen und dann gemeinsam mit der Leitlinie für Grundstücksverkäufe aufzurufen, um ein einheitliches Vorgehen im Kontext zu ermöglichen.

Herr Rubelt schließt sich dem Vorschlag von Herrn Richter an, damit könne auch eine Konformität in der Diskussion erfolgen.

Nach kurzer Diskussion unter Beteiligung von Herrn Kirsch, Frau Lange, Frau Hüneke und Herrn Jekel bittet Frau Lange den Antrag abzustimmen und verweist darauf, dass kommunaler sozialer Wohnungsbau auch ohne Förderung denkbar wäre.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die allgemeinen Wohngebiete WA 4 und WA 5 im Bebauungsplanareal Nr. 132 „Am Friedhof“ (OT Fahrland) nach dem erfolgreichen Satzungsbeschluss in kommunalem sozialen Wohnungsbau mit **mindestens** 50% Belegungsbindung herzustellen.

Die Flächen werden dauerhaft in kommunalem Besitz gesichert und nicht verkauft.

Der Stadtverordnetenversammlung ist die Planung mit der genauen Wohnungszahl und den entstehenden Kosten (mit und ohne Landesförderung) spätestens ein Jahr nach dem Satzungsbeschluss zu präsentieren, damit die Stadtverordneten über den Zeithorizont der Umsetzung entscheiden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.5 Zugang zum Havel Quartier Potsdam für Menschen mit Mobilitätseinschränkung

Vorlage: 19/SVV/1306

Fraktion der Freien Demokraten
SBWL, GSWI
(Wiedervorlage)

Vertagt auf die nächste Sitzung – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.6 Bebauungsplan Nr. 119 "Medienstadt", Abwägungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Medienstadt" (22/17) Abwägung und Feststellungsbeschluss

Vorlage: 20/SVV/0061

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KUM, SBWL
(2. Lesung)

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) erinnert an die Einbringung der Vorlage in der vergangenen Sitzung, in welcher gebeten worden ist, weitere

Fragen in Vorbereitung auf die heutige Sitzung an die Verwaltung zu übermitteln.

Eingegangen ist die Bitte, die Straßenquerschnitte für den östlichen Teil der Großbeerenstraße zu zeigen, um die Aufteilung der Flächen für Tram, Verkehrsraum und Bäume beurteilen zu können. Anhand einer Präsentation (wird auf Bitte von Herrn Pfrogner der Niederschrift beigefügt) wird deutlich, dass sich die Verkehrsräume in einem ausgewogenen Verhältnis befinden.

Auf Rückfragen von Frau Hüneke und Herrn Gericke zu den Straßenbäumen und zur Erschließung geht Frau Holtkamp ein.

Frau Reimers bittet dem abweichenden Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität nicht zu folgen.

Herr Jäkel und Herr Dr. Niekisch unterstützen den Bebauungsplan und empfehlen eine Zustimmung.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Anregungen der Bürger aus der Öffentlichkeitsbeteiligung und den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplans Nr. 119 „Medienstadt“ (gemäß Anlagen 2, 3 und 4 A) entschieden.
2. Der Bebauungsplan-Entwurf (siehe Anlage 4 B) ist entsprechend zu ändern und gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB erneut öffentlich auszulegen.
3. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Flächennutzungsplan-Änderung "Medienstadt" (22/17) entschieden (siehe Anlagen 5 und 6).
4. Die Flächennutzungsplan-Änderung " Medienstadt" (22/17) wird beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (siehe Anlage 7).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 4.7 Fortschreibung der "Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam" (Potsdamer Baulandmodell 2019)
Vorlage: 20/SVV/0081**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBWL, GSWI
(2. Lesung)

Die Einbringung der Vorlage ist in der vergangenen Sitzung erfolgt. Um sich näher mit den Unterlagen befassen zu können, wurde um eine 2. Lesung gebeten.

Erneuter Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

1. Die fortgeschriebene „Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam“ (Potsdamer Baulandmodell 2019, Anlage 1) ist im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung anzuwenden.

Beschlussvorlagen zur Einleitung von städtebaulichen Planungen gemäß Nr. 2.1 des Potsdamer Baulandmodells sind der Stadtverordnetenversammlung nur dann zuzuleiten, wenn die von der künftigen Planung Begünstigten eine Zustimmungserklärung gemäß Anlage A der Richtlinie vorgelegt haben.

2. Übergangsregelung: Das Potsdamer Baulandmodell 2019 findet ab dem Zeitpunkt seiner Beschlussfassung auf alle bereits laufenden Bebauungsplanverfahren Anwendung, bei denen die Beschlussvorlage zur ersten öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB noch nicht in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht worden ist.

Analog findet das Potsdamer Baulandmodell 2019 Anwendung auf in Aufstellung befindliche Bebauungspläne im vereinfachten Verfahren nach §13 BauGB oder im beschleunigten Verfahren nach § 13 a und § 13 b BauGB, wenn mit deren Öffentlichkeitsbeteiligung noch nicht begonnen wurde.

3. Die Berechnungsannahmen des Potsdamer Baulandmodells 2019 sind regelmäßig zu überprüfen und falls erforderlich anzupassen. Das Monitoring der Anwendung des Potsdamer Baulandmodells ist fortzuführen.
4. Im Laufe des Jahres 2020 soll geprüft werden, ob und auf welche Weise Flächenabtretungen und kommunaler Zwischenerwerb in das

Potsdamer Baulandmodell integriert werden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 4.8 Anpassung des Potsdamer Baulandmodells

Vorlage: 19/SVV/0334

Fraktion DIE LINKE
(Wiedervorlage)

Zurückgezogen –siehe Verständigung zur Tagesordnung.

Pause von 19.45 Uhr bis 19.52 Uhr.

zu 4.9 Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung

Vorlage: 20/SVV/0022

Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag wird durch Frau Lange eingebracht. Sie zeigt den Ausschussmitgliedern einen denkbaren Prototyp, welcher an Licht- oder Ampelmasten angebracht werden könne. Durch Anfassen würde das Lesen des Straßennamens möglich. Sie bittet zu beachten, dass auch mit einer App nicht explizit alle Menschen erreicht werden. Frau Lange ergänzt, dass die Anwendung in der Stadt Wedel in Schleswig-Holstein bereits erfolgreich betrieben wird.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) verweist auf die rechtlichen Regelungen. Die amtliche Verkehrsbeschilderung, zu der auch die Straßennamensschilder gehören, erfolgt auf der Grundlage der Straßenverkehrsordnung. Die bauliche Umsetzung erfolgt entsprechend technischer Vorschriften. Herr Becker macht aufmerksam, dass man sich mit dieser Thematik bereits befasst habe und in allen anwendbaren Rechts- und Bauvorschriften für öffentliche Verkehrsanlagen keinen Bezug zu derartigen Beschilderungen gefunden habe. Mit Hinweis auf die fehlende Ermächtigungsgrundlage sei auch zu prüfen, inwiefern ein Anbringen in Höhe von 1 m oder 1,5 m auch zur Gefährdung von Verkehrsteilnehmern führen könne. Zudem würde es sich um eine freiwillige Aufgabe handeln, die auch finanziert werden müsse. Die Verwaltung empfiehlt dem Antrag nicht zuzustimmen beziehungsweise, wenn tiefergründige Recherchen, Abstimmungen etc. gewünscht werden, abzuwarten, bis die Stelle des Behindertenbeauftragten besetzt ist.

Frau Thiel äußert sich in ihrer Funktion als beratendes Mitglied des Behindertenbeirates im Ausschuss. Es bedarf nicht unbedingt eines Behindertenbeauftragten, um zu erfahren, ob die Umsetzung zweckmäßig sei.

Sie selbst sei früher sehbehindert gewesen und jetzt blind. An dem von Frau Lange gereichten Prototyp könne man durch den hervorgehoben angebrachten Schriftzug in Buchstaben und Brailleschrift den Straßennamen gut ablesen. Das Auffinden von Ampelmasten sei für Menschen mit Sehbehinderung oft möglich. Die Straßennamensschilder selbst sind hingegen aufgrund der angebrachten Höhe nicht lesbar. Sie bittet dem Antrag zuzustimmen, da er hilfreich für Menschen mit Sehbehinderung sei.

Frau Lange ergänzt, dass in der Stadt Wedel bereits über 100 Stück angebracht worden sind und weitere sich im Aufbau befinden.

Herr Heuer informiert über eine Berichterstattung aus Berlin, dass dieses Vorhaben beim Blinden- und Sehbehindertenverein nicht auf Begeisterung stößt. Er empfiehlt dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Herr Said kann sich der Idee anschließen. Jedoch wäre die Frage, wo die Anbringung erfolgen solle und auch die Form/Attraktivität zu klären sei. Ebenso sind Vandalismusschäden, wie das Anbringen von Kaugummis oder Ausdrücken von Zigaretten zu befürchten.

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann hält den Ansatz für gut. Sie befürwortet die Umwandlung in einen Prüfauftrag und die Einbeziehung des Sozialwerkes Potsdam, um einschätzen zu können, ob die Umsetzung sinnvoll sei.

Frau Reimers greift den Vorschlag auf und stellt den [Antrag auf Umwandlung in einen Prüfauftrag](#).

Frau Lange spricht dagegen und regt das Montieren an 20 Masten an und das Ergebnis zu evaluieren.

Herr Dr. Niekisch hält eine Strukturierung für notwendig.

Herr Pfrogner teilt mit, dass Herr Mehlmann vom Sozialen Netzwerk anwesend ist und bittet ihm das Rederecht zu erteilen.

Es erfolgt kein Widerspruch, so dass Herr Mehlmann als Mitarbeiter des Sozialen Netzwerkes ausführen darf. Er berichtet, dass man für die Vorschläge offen sei. Ein Ausprobieren sei sinnvoll, er würde sich an der Studie beteiligen und im Anschluss könne das Ergebnis mitgeteilt werden.

Herr Rubelt bittet das Beteiligungsverfahren dort durchführen zu lassen, wo die Belange der Menschen mit Behinderungen gebündelt werden können und wirbt nochmals, den Antrag bis zur Wiederbesetzung der Stelle des Behindertenbeauftragten zurückzustellen oder als Prüfauftrag vorzusehen.

Frau Hüneke befürwortet als Mitantragstellerin die Umwandlung in einen Prüfauftrag.

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) äußert, dass es einen engen Kontakt mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen gebe. Der Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen wird versuchen sich zu informieren, wie die richtigen Kontakte gefunden werden. Allerdings ist die Terminstellung im Juni 2020 zu berichten zeitlich nicht haltbar, zumal auch die Kontakte und Erfahrungen der Stadt Wedel abgefragt werden müssen. Als Terminstellung sei Februar 2021 denkbar, um ein angemessenes Prüfergebnis vorlegen zu können. Frau Woiwode bekräftigt nochmals, dass es sich hier nicht um eine pflichtige Aufgabe handelt und verweist auf den Haushalt.

Herr Pfrogner kann dies nicht nachvollziehen, da Gespräche im Rahmen einer Prüfung keine Kosten verursachen.

Herr Dr. Niekisch regt als Terminstellung Dezember 2020 an.

Frau Lange widerspricht. Die Umwandlung in einen Prüfauftrag sei möglich, jedoch mit einer maximalen Terminstellung bis September 2020.

Frau Hüneke schlägt als Mitantragstellerin Dezember 2020 vor.

Herr Kirsch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Umwandlung in einen Prüfauftrag mit Terminstellung Dezember 2020.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, ob** an ausgewählten und stark frequentierten Straßenkreuzungen und Plätzen Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung montiert werden können. Dabei sind die Erfahrungen, die u.a. die Stadt Wedel gemacht hat, zu berücksichtigen.

~~Ein Bericht über die Umsetzung~~ **Das Prüfergebnis** ist der Stadtverordnetenversammlung im ~~Juni~~ **Dezember** 2020 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Im Anschluss an die Abstimmung meldet sich der Stadtverordnete Herr Frehse zu Wort und kritisiert, dass sein Änderungsantrag mit dem Wortlaut „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **an allen** ausgewählten und stark frequentierten Straßenkreuzungen und Plätzen Straßennamenschilder für Menschen mit Sehbehinderung zu montieren. Dabei sind die Erfahrungen, die u.a. die Stadt Wedel gemacht hat, zu berücksichtigen. Ein Bericht über die Umsetzung ist der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2020 vorzulegen.“ nicht abgestimmt worden sei.

Mit Verweis auf die Geschäftsordnung hätte die Einbringung formal während der Behandlung der Drucksache erfolgen müssen, entgegnet Herr Jäkel. Herr Frehse hat sich jedoch nicht zu Wort gemeldet, um den Antrag einzubringen.

Herr Frehse äußert Unverständnis, da sein Änderungsantrag im RIS bei der Drucksache hinterlegt ist.

Nach kurzer Verständigung innerhalb des Ausschusses wird unter Verweis auf das erfolgte Votum dargestellt, dass der Änderungsantrag ohnehin inhaltlich keine Zustimmung gefunden hätte.

zu 4.10 Barrierefreier und belästigungsarmer Weihnachtsmarkt ab 2020

Vorlage: 20/SVV/0011

Fraktion DIE aNDERE

SBWL, OS, HA

Die Anträge 20/SVV/0011 und 20/SVV/0090 werden aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam behandelt.

Der Antrag 20/SVV/0011 wird durch Herrn Pfrogner eingebracht.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) informiert, dass neben der Erteilung der Genehmigung für die straßen- und verkehrsrechtlichen Sachverhalte nach Straßenverkehrsordnung der Weihnachtsmarkt auch einer gewerberechtlichen, baurechtlichen, umwelt- und immissionsschutzrechtlichen sowie abfallrechtlichen Betrachtung, Prüfung und Entscheidung bzw. Genehmigung bedarf. Zur Erstellung einer Konzeption, die die barrierefreie und belästigungsärmere Weiterentwicklung des Weihnachtsmarktes in der Potsdamer Innenstadt berücksichtigt, wird die Durchführung eines entsprechenden Workshops unter Beteiligung der verschiedensten Einrichtungen und der Stadtpolitik im März oder April 2020 durchgeführt. Die Vorstellung des Konzeptes könne vor der Sommerpause im Hauptausschuss erfolgen.

Weiter TOP 4.11

zu 4.11 **Weiterentwicklung des zentralen Weihnachtsmarktes in der Potsdamer Innenstadt**

Vorlage: 20/SVV/0090

Fraktion der Freien Demokraten
SBWL, OS, HA

Der Antrag 20/SVV/0090 wird durch Frau Dr. Chwolik-Lanfermann eingebracht. Ziel des Antrages ist es die gegenläufigen Interessen der Betreiber, der Anwohner, der Besucher und der AG Innenstadt zusammenzuführen. Wichtig sei es, dass die Landeshauptstadt Potsdam sich hier ihrer Verantwortung bewusst ist. Es handelt sich hier um die Nutzung einer zentralen Straße in der historischen Innenstadt. Ergebnis des Workshops müsse auch sein, dass die historische Straße erfahrbar bleibt.

Zusätzlich zu den bereits im Antrag 20/SVV/0011 enthaltenen Themen sollten auch folgende Punkte im Rahmen des Workshops geklärt werden:

- Verkürzung der Standzeit bereits vor der Eröffnung des Weihnachtsmarktes
- Möglichkeit einer Entlastung in der Brandenburger Straße durch Nutzung weiterer Teilflächen am Bassinplatz.

Herr Becker ergänzt, dass sich der Ordnungsausschuss ebenfalls heute mit den beiden Anträgen befasst habe und dort empfohlen worden ist, die Anträge zurückzustellen und nach Kenntnis des Statements aus dem Workshop wieder aufzurufen, um die Entscheidung zum Umgang mit diesen Anträgen zu treffen.

Auf Rückfrage bestätigt Herr Becker, dass der Betreiber des Weihnachtsmarktes in den Workshop integriert ist und vorher keine vertraglichen Verbindungen getroffen werden.

Frau Hüneke stellt den Geschäftsordnungsantrag die Anträge 20/SVV/0011 und 20/SVV/0090 zu vertagen und mit den Ergebnissen aus dem Workshop wieder vorzulegen.

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann spricht für den Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

zu 4.12 **Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21**

Herr Daenzer (Steuerungsunterstützung) informiert einleitend zu den vorliegenden Bürgerhaushaltsanträgen 2020/2021. Auch in diesem Jahr haben wieder zahlreiche Potsdamerinnen und Potsdamer den Bürgerhaushalt genutzt, um ihre Anliegen vorzutragen. An der Befragung haben sich mehr als 17.500 Einwohnerinnen und Einwohner beteiligt. Als Ergebnis des Bürgerhaushaltes 2020/21 liegen jetzt die TOP 20 der Bürgerhaushaltsvorschläge vor. Der Finanzausschuss hat die Anträge in der vergangenen Woche zurückgestellt und bittet erst die Fachausschüsse um ihre fachliche Einschätzung zu den in ihren Ausschuss überwiesenen Bürgerhaushaltsvorschlägen.

Herr Daenzer macht aufmerksam, dass auch hier verschiedene Voten möglich sind:

- Annahme
- Umwandlung in einen Prüfauftrag, dann mit konkreten Angaben was bis wann zu prüfen ist
- Ablehnung
- Bereits in Umsetzung

zu 4.12.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 1: Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau Garnisonkirche

Vorlage: 20/SVV/0030

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.12.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 4: Energie-Einsparung durch weniger Straßenbeleuchtung

Vorlage: 20/SVV/0033

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.12.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 8: Klimanotstand: Schutzprogramm beschleunigen und Bäume pflanzen

Vorlage: 20/SVV/0037

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.12.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 6: Kostenfreier öffentlicher Nahverkehr für alle in Potsdam

Vorlage: 20/SVV/0035

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.12.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 10: Autofreie Innenstadt und verkehrsberuhigte Quartiere
Vorlage: 20/SVV/0039**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.12.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 11: Entlastung des Potsdamer Nordens: 2. Nord-Süd-Verbindung Straßenbahn
Vorlage: 20/SVV/0040**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 4.12.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 14: Walderhalt im Planungsverfahren 'Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd'
Vorlage: 20/SVV/0043**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Oxana Adams (Bürgerinitiative „Bürger für Waldstadt“) nimmt das Rederecht wahr. Sie macht aufmerksam, dass der Bau von wettkampffähigen Sportflächen keine Pflichtaufgabe sei und deshalb kein Verzicht auf das Landschaftsschutzgebiet in der Waldstadt Süd erfolgen dürfe.

Frau Kerstin Woller (Bürgerinitiative „Bürger für Waldstadt“) schließt sich den Äußerungen ihrer Vorrednerin an. Die Waldfläche müsse als Waldfläche erhalten bleiben und verweist auf andere Standorte, wie beispielsweise auf den Schlaatz.

Die Rednerinnen werden gebeten ihre Beiträge als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Herr Pfrogner verweist auf die bereits umfänglich zu diesem Thema im Sport- und Bildungsausschuss geführten Diskussionen und verweist auf die Beschlusslage. Er dankt für die ergriffene Initiative und die vorgestellten Lösungsansätze.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Beim Planungsverfahren „Schul- und Sportstandort Waldstadt Süd“ wird aus Gründen des Klimaschutzes das Landschaftsschutzgebiet aus dem Baugebiet ausgeschlossen. Für die Sportfläche werden Alternativflächen (vorrangig vorgenuzte Standorte, nachrangig alternative Standorte z.B. Bebauungsplan 163) genutzt. Auf den Neubau einer Förderschule in Waldstadt Süd wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	2

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 4.12.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 15: Oberbürgermeister soll Wiederaufbau der Garnisonkirchen unterstützen

Vorlage: 20/SVV/0044

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.12.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 16: Fahrradwege in Potsdam ausbauen und sicherer gestalten

Vorlage: 20/SVV/0045

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu 4.12.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 17: Umgehungsstraße realisieren (Havelspange, 3. Havelübergang)

Vorlage: 20/SVV/0046

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu **Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und
4.12.11 Bürger', Nummer 18: Grüne Dächer und Fassaden für ein besseres
Stadtklima**
Vorlage: 20/SVV/0047
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Vertagt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

zu **Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und
4.12.12 Bürger', Nummer 20: Biosphäre zur Kiez-Schwimmhalle umbauen als
'Herzbad im Volkspark'**
Vorlage: 20/SVV/0049
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Dauber nimmt das Rederecht wahr. Er stellt die Vorzüge einer Nutzung der Biosphäre als Kiezbad und Eventraum dar. Der Entwurf des „Herzbades im Volksbad“ stamme von ihm. Zu seinem Vorschlag habe er einen großen Widerhall erfahren.

Herr Dr. Niekisch äußert, dass der Antrag die Sympathie der CDU-Fraktion habe.

Herr Jäkel bestätigt, dass im Potsdamer Norden ein Bad sinnvoll sei, jedoch an einem anderen Standort als der Biosphäre.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Die Biosphäre wird mit dem Ziel der Doppelnutzung als Kiezbad (6 x 25 Meter-Bahnen) und als nach oben offenem Eventraum zum „Herzbad im Volkspark“ umgebaut. Dabei ist eine ressourcenschonende Energie- und Wassernutzungsanlage für die Wasserreinigung, -speicherung, -versickerung und im Sommer für die Kühlung zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag

abzulehnen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Bericht zur Wegsanierung in Potsdam West (gemäß Beschluss 19/SVV/0845)

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Frau Woiwode (Bereich Verkehrsanlagen) greift den Auftrag aus der Stadtverordnetenversammlung im September vorigen Jahres auf, in welchem der Prüfauftrag erteilt worden ist, zwei Abschnitte von je ca. 60 m Länge des Fuß- und Radweges zwischen der Schlüterstraße und der Eisenbahnunterführung Stormstraße zügig instand zu setzen.

Es kann mitgeteilt werden, dass der erste Teil des Weges instandgesetzt worden ist. Für den zweiten Teil ist der Auftrag bereits ausgelöst worden und wird umgesetzt, sobald die Firma Kapazitäten hat. Das entnommene Pflaster wird zwischengelagert und wiederverwendet.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 6 Sonstiges

Zur Bitte von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen um Informationen zum Ausbau der Heinrich-Mann-Allee informiert Frau Woiwode. Die Mitteilungsvorlage zur durchgeführten Einwohnerversammlung ist in der vergangenen Stadtverordnetenversammlung direkt, ohne Überweisung in die Ausschüsse, zur Kenntnis genommen worden. Die Varianten aus der Einwohnerversammlung werden geprüft. Es wird vorgeschlagen, nach Vorlage der Prüfergebnisse zu berichten. Dies wird in etwa nach der Sommerpause sein.

Frau Woiwode macht aufmerksam, dass die Zettel, welche an verschiedenen Bäumen in der Heinrich-Mann-Allee eine Fällung ankündigten, nicht von der Landeshauptstadt Potsdam stammen. Dies ist auch gegenüber der Presse deutlich gemacht worden. Das Planfeststellungsverfahren ruht derzeit. Es wird verwaltungsseitig versichert, dass keine Baumfällungen vorgenommen werden, solange die Planung nicht abgeschlossen ist.

Dr. Wieland Niekisch
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift



Niederschrift

10. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes

Sitzungstermin: Dienstag, 10.03.2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:15 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. phil. Wieland Niekisch CDU Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

.Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD Vertretung für: Herrn Pete Heuer
SPD
Frau Babette Reimers SPD bis 21.08 Uhr
Herr Uwe Fröhlich Bündnis 90/Die Vertretung für: Herrn Dr. Gert Zöllner
Grünen Bündnis 90/Die Grünen
Herr Ralf Jäkel DIE LINKE
Herr Steffen Pfrogner DIE aNDERE
Herr Chaled-Uwe Said AfD

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis bis 18.53 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Jens Dörschel Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Michél Berlin DIE LINKE

sachkundige Einwohner

Herr Marcel Schulz SPD
Frau Dr. Ellen Chwolik- Freie Demokraten
Lanfermann
Herr Ken Gericke Bündnis 90/Die
Grünen
Herr Horst Heinzl BürgerBündnis bis 20.15 Uhr
Herr Stefan Matz DIE LINKE
Herr Werner Pahnhenrich CDU ab 18.17 Uhr

Herr André Tomczak DIE aNDERE

Vertreter der Beiräte

Frau Dr. Ursula Zufelde Seniorenbeirat

Beratendes Mitglied von Fridays For Future

. Herr Nico Grützke

Beigeordneter

Herr Bernd Rubelt Geschäftsbereich 4

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	entschuldigt
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Dr. Gert Zöller	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE	entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Frau Heike Thiel	Beirat für Menschen mit Behinderungen	entschuldigt
------------------	---------------------------------------	--------------

Gäste

Herr Goetzmann	Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung zu TOP 3 und 6
Frau Holtkamp	Bereich Verbindliche Bauleitplanung zu TOP 4.4 und 4.5
Herr Wolfram	Bereich Stadtentwicklung zu TOP 4.1 und 4.7

Schriftführerin:

Frau Viola Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen vom 11.02.2020 und vom 25.02.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe
Vorlage: 20/SVV/0223
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Behandlung gemeinsam mit TOP 4.2)
 - 4.2 Grundstücksvergabe nach Konzept und Erbbaupacht
Vorlage: 19/SVV/0608
Fraktion DIE LINKE
(Wiederaufruf im Zusammenhang mit der Vorlage 20/SVV/0223)
 - 4.3 Zugang zum Havel Quartier Potsdam für Menschen mit Mobilitätseinschränkung
Vorlage: 19/SVV/1306
Fraktion der Freien Demokraten
SBWL, GSWI
(Wiedervorlage)
 - 4.4 Bebauungsplan Nr. 164 "Sportanlagen Kuhfortdamm" (OT Golm)
Vorlage: 19/SVV/1394
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBWL, B/Sp., OBR Golm
 - 4.5 Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldtring" und Flächennutzungsplanänderung
"Am Humboldtring" (08/15) - Abwägung, Zustimmung zum geänderten
städtebaulichen Konzept, Änderung des Bebauungsplan-Entwurfs und
Aufhebung der Flächennutzungsplanänderung "Am Humboldtring" (08/15)
Vorlage: 20/SVV/0157
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 4.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/2021
 - 4.6.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger',
Nummer 1: Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau Garnisonkirche
Vorlage: 20/SVV/0030
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.6.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger',
Nummer 4: Energie-Einsparung durch weniger Straßenbeleuchtung
Vorlage: 20/SVV/0033
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.6.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger',
Nummer 6: Kostenfreier öffentlicher Nahverkehr für alle in Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0035
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 4.6.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 8: Klimanotstand: Schutzprogramm beschleunigen und Bäume pflanzen
Vorlage: 20/SVV/0037
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.6.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 10: Autofreie Innenstadt und verkehrsberuhigte Quartiere
Vorlage: 20/SVV/0039
Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4.7 Erster Statusbericht der Strategieplanung zur Entwicklung des Ländlichen Raums von Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0211
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung (Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Niekisch, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen vom 11.02.2020 und vom 25.02.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 11.02.2020 gibt es keine Hinweise, die Niederschrift wird 5/0/4.bestätigt.

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vom 25.02.2020 liegt noch nicht vor, so dass die Bestätigung auf die nächste Sitzung vertagt wird.

Zur Tagesordnung werden folgende Wünsche vorgebracht:

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann bittet unter dem TOP Sonstiges zu folgenden Punkten um eine kurze Information:

- Zeitpunkt der Durchführung des in der vergangenen Sitzung angekündigten Workshops zum Weihnachtsmarkt
- Termin und Teilnahmemöglichkeit für Mitglieder des SBWL-Ausschusses an dem Termin zur Bemusterung des künftigen Belages der Brandenburger Straße
- FunFort4-Beachvolleyballanlage im Volkspark – ob, wann und auf welche Art ist versucht worden, mit den Anwohnern ins Gespräch zu kommen?

Herr Dr. Wegewitz erinnert an die illegalen Aushänge vor der Staatskanzlei zu Baumfällungen und bittet unter dem TOP Sonstiges um Information zum Stand des Verfahrens und zum Zeitplan.

Herr Berlin bittet die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 gemeinsam und heute in 1. Lesung zu behandeln.

Die **entsprechend geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.**

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Die Vorstellung der Bauvorhaben ist in der Vorrunde erfolgt.

Herr Dr. Niekisch greift das Bauvorhaben in der Kaiser-Friedrich-Straße „Onkel Emil“ auf und erkundigt sich nach dem derzeitigen Verfahrensstand.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) erinnert, dass über den Antragsstand bereits im Ausschuss Ende Oktober 2019 berichtet worden ist.

Herr Dr. Niekisch bittet um erneute Information in der nächsten Sitzung.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 **Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe**

Vorlage: 20/SVV/0223

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Behandlung gemeinsam mit TOP 4.2)

Die Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 werden gemeinsam behandelt.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) bringt die Vorlage 20/SVV/0223 anhand einer Präsentation ein und führt aus, dass es sich hier um die Ergänzung der Leitlinie für Grundstücksverkäufe handelt. Die wesentliche Neuerung ist, dass städtische Grundstücke, die für den Geschosswohnungsbau geeignet sind, zukünftig in der Regel im Rahmen von Konzeptverfahren verkauft werden sollen. Dabei wird für größere Flächen der „Potsdamer Drittmix“ vorgeschlagen, der Anteile für geförderten und mietpreisgedämpften Wohnungsbau vorgibt. Einzelne städtische Flächen sollen ausschließlich für geförderten oder preisgedämpften Wohnungsbau veräußert werden. Die neue Leitlinie soll einen Beitrag leisten, dass das Wohnen in Potsdam für alle bezahlbar bleibt. Potsdam steuert bei den Grundstücksverkäufen um, vom Verkauf zum Höchstpreis hin zu Auflagen und Verpflichtung, bezahlbares Wohnen anzubieten. Zu den obersten wohnungs- und stadtpolitischen Zielen gehört die Dämpfung der Mietentwicklung und die Versorgung mit sozialem und bezahlbarem Wohnraum. Bisher wurden Grundstücke in Potsdam überwiegend im Höchstgebotsverfahren vergeben. Das bedeutet, dass derjenige, der den höchsten Preis bietet, den Zuschlag für das Grundstück erhält. Um für den geförderten und mietpreisgedämpften Wohnungsbau möglichst preiswerte Grundstücke zur Verfügung zu stellen, sollen künftig gezielt die Möglichkeiten der Genehmigungsfreistellungsverordnung des Landes Brandenburg ausgeschöpft werden. Der Wechsel vom Höchstgebot zur Konzeptvergabe ist insofern ein wichtiges Signal, als dass bei Grundstücksverkäufen für Geschosswohnungsbau nun überwiegend geförderter oder preisgedämpfter Mietwohnungsbau möglich sein wird. Für die langfristige Perspektive einer bezahlbaren Wohnraumversorgung werden die Pro Potsdam und die Wohnungsbaugenossenschaften gestärkt.

Herr Wolfram ergänzt, dass städtische Grundstücke grundsätzlich nicht veräußert werden. Sie dienen der Deckung von Flächenbedarfen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Nur falls Flächen für die öffentliche Daseinsvorsorge entbehrlich sind, ist eine Veräußerung möglich (Entbehrlichkeitsprüfung).

Die Kombination des besonderen Städtebaurechts in Sanierungs- und Entwicklungsgebieten mit dem Instrument des Erbbaurechtes wäre zwar rechtlich möglich, aber mit der derzeitigen Haushaltslage praktisch kaum umsetzbar, da die Verkaufserlöse für die Umsetzung der Maßnahme benötigt werden. Herr Wolfram macht aufmerksam, dass das Erbbaurecht auch gegenüber der Einlage von Flächen an die ProPotsdam oder dem preisreduzierten Verkauf an die Genossenschaften keine Vorteile für das bezahlbare Wohnen bietet. Ein möglicher Anwendungsfall für Erbbaurecht sind allerdings solche Projekte, bei denen das Erbbaurecht Entlastung beim Eigenanteil bietet, weil das Grundstück nicht erworben werden muss. Diese Fälle sind durch die Leitlinie (Punkt 1f) abgedeckt.

Herr Berlin erinnert an den bereits vor längerer Zeit eingebrachten Antrag der Fraktion DIE LINKE 19/SVV/0608 mit folgendem Wortlaut:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Leitlinie Grundstücksverkäufe zu

überarbeiten.

Die Möglichkeit von Konzeptausschreibungen soll vorrangig in die Richtlinie aufgenommen werden. Damit sollen auch klar definierte, nachvollziehbare Bedingungen bei Vergabe nach Konzept formuliert werden. Ferner soll die Vergabe in der Regel in Erbbaupacht erfolgen.

Die überarbeitete Richtlinie ist der Stadtverordnetenversammlung im ersten Quartal 2020 vorzulegen.“

und bringt diesen ein.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Gericke, Herr Kirsch, Frau Reimers, Herr Berlin, Herr Dörschel, Herr Pfrogner, Herr Tomczak sowie Frau Dr. Chwolik-Lanfermann und hinterfragen insbesondere, wo und in welcher Größe es städtische Flächen zur Anwendung der Leitlinie gebe und wie die Prüfung der Entbehrlichkeit erfolge.

Herr Rubelt macht deutlich, dass es sich hier um eine Erweiterung der vorhandenen Leitlinie handelt, um neue Grundlagen für ein bezahlbares, preisgedämpftes Wohnen zu schaffen. Dafür sind Grundstücke erforderlich. Die Instrumente sind darauf gerichtet, dieses Ziel zu erreichen. Er bestätigt, dass nicht so viele Flächen verfügbar sind und die Entwicklung durch die städtische Gesellschaft Vorrang habe. Flächen, für die es kein Baurecht gibt, sind noch zu entwickelnde Flächen und verweist hier auf eine aktive Bodenpolitik.

Herr Berlin äußert, dass Mietpreisbindungen über 15 oder 20 Jahre nicht die gewünschte Lösung darstellen. Spätestens bei einem Verkauf wäre die Subventionierung obsolet.

Herr Pfrogner sieht die Leitlinien als grundsätzliche Voraussetzung, wie die Landeshauptstadt Potsdam mit dem Vermögen umgehen wird und wird die Durchführung einer Anhörung beantragen, in welcher Experten unter der Verantwortung der Stadtverordnetenversammlung die Gelegenheit erhalten sollen, die Vorschläge der Verwaltung zu bewerten. Jeder Fraktion sollte ermöglicht werden, Experten zu benennen, um ein umfängliches Meinungsbild zu erhalten. Erst danach könne die Entscheidung zu den vorliegenden Drucksachen gefasst werden.

Herr Dr. Niekisch verweist im Namen der CDU-Fraktion auf die Zielstellung, ausreichend Wohnraum in allen Segmenten zur Verfügung zu stellen.

Herr Kirsch entgegnet, dass die Stadt derzeit nur Flächen entwickeln könne, die sich in ihrem Eigentum befinden und sieht keine Veranlassung, Flächen an Genossenschaften zu verkaufen.

Herr Rubelt hält ein Expertenhearing nicht für erforderlich und verweist auf die vorgenommenen sehr intensiven Abstimmungen und das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“. Dem Bündnis gehören unter anderem die Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, die ProPotsdam, der

Arbeitskreis **StadtSpuren** und die Mieterverbände an.

Auf eine Nachfrage von Herrn Pahnhenrich informiert Herr Wolfram, dass die Leitlinie Regeln für die Verwaltung formuliert, sie gilt nicht unmittelbar für Käufer. Für den Käufer ist die Grundlage der Kaufvertrag, ggf. auch eine entsprechende Grundbuchabsicherung, wenn Bindungen vereinbart werden. Ein späterer Wegfall oder Änderung der Leitlinie hätte keine Auswirkungen auf bereits geschlossene Verträge.

Herr Jäkel bestätigt, dass bezahlbares Wohnen ein wichtiges Ziel sei und der Entwurf der Verwaltung eine hohe Qualität aufweise und verweist auf den Beginn der Formulierung in der Anlage 1 1 c), dass „städtische Grundstücke grundsätzlich nicht veräußert werden“. Preiswertes Wohnen anzubieten und zu sichern ist eine Spezialität der Wohnungsgenossenschaften.

Herr Tomczak greift den Hinweis auf, dass die Leitlinie in Sanierungs- und Entwicklungsgebieten nicht unmittelbar anwendbar sei und bittet um Auskunft, welche Spielräume für eine aktive Bodenpolitik bestehen und wann dazu Aussagen zu erwarten sind.

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann hält, der Diskussion im Ausschuss folgend, ein Expertenhearing nicht für erforderlich.

Frau Reimers pflichtet Herrn Jäkel bei. Die Pro Potsdam sei ein wichtiger Baustein und insbesondere die Genossenschaften können von der hier vorgelegten Ergänzung zur Leitlinie profitieren. Auch in der Entwicklung von Flächen können die Akteure zum Zuge kommen.

Herr Pfrogner bestätigt, dass auch nach seiner Wahrnehmung die Genossenschaften eher an Erwerb als an Erbbaurechten interessiert seien. Aber es sei grundsätzliche die Frage zu klären, was die Stadt mit ihren Grundstücken erreichen wolle. Hierzu bedarf es der Untersetzung von Experten.

Herr Berlin stimmt Herrn Pfrogners Vorschlag zu und vertritt die Meinung, dass alles was nicht „Inhouse-Geschäfte“ sind, der Stadt verloren gehe. Er bittet die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung (2. Lesung) darzulegen, wie sich Verkauf und Erbbaurecht im Vergleich darstellen.

Herr Rubelt äußert, dass die Finanzierbarkeit den Bezugspunkt darstelle und das bezahlbare Wohnen das übergeordnete Ziel sei. Wenn in Sanierungs- oder Entwicklungsgebieten Erbbaurechte vergeben werden sollen, dann müsse das Defizit aus dem Haushalt ausgeglichen werden, diese Mittel sind derzeit nicht geplant. Dieses müssten die Stadtverordneten entscheiden. Die Durchführung eines Expertenhearings halte er nicht für erforderlich.

Herr Pfrogner stellt folgenden Änderungsantrag zur DS 20/SVV/0223:

„Der Ausschuss SBWL empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung vor Beschlussfassung zu den DS 20/SVV/0223 sowie 19/SVV/0608 eine Expertenanhörung unter Federführung der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung:
Abstimmungsergebnis: 2/6/1 – damit abgelehnt.

Es wird gebeten die Präsentation als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Sitzung am 24.3.20 zurückgestellt.

- zu 4.2 Grundstücksvergabe nach Konzept und Erbbaupacht**
Vorlage: 19/SVV/0608
Fraktion DIE LINKE
(Wiederaufruf im Zusammenhang mit der Vorlage 20/SVV/0223)
- Siehe TOP 4.1

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Sitzung am 24.3.20 zurückgestellt.

- zu 4.3 Zugang zum Havel Quartier Potsdam für Menschen mit**
Mobilitätseinschränkung
Vorlage: 19/SVV/1306
Fraktion der Freien Demokraten
SBWL, GSWI
(Wiedervorlage)

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann erklärt für die antragstellende Fraktion, dass der Antrag zurückgezogen wird.

- zu 4.4 Bebauungsplan Nr. 164 "Sportanlagen Kuhfortdamm" (OT Golm)**
Vorlage: 19/SVV/1394
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBWL, B/Sp., OBR Golm

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein. Anlass für die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens ist das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Sportflächenentwicklungskonzept Eiche – Golm. Das Konzept stellt dar, inwiefern die zu ersetzenden Sportflächen vom Standort Neues Palais verlagert sowie weitere Sportanlagen für den

Vereins- sowie Freizeitsport in den Ortsteilen Eiche und Golm geschaffen werden können. Dabei wurde als Vorzugslösung die Erweiterung der bestehenden Sportanlagen am Standort Kuhfortdamm im Potsdamer Ortsteil Golm benannt. Ziel des Bebauungsplanverfahrens ist die Herstellung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine städtebauliche Entwicklung des Geländes zur Erweiterung der bestehenden Sportanlagen für den Vereins- und Freizeitsport in den Ortsteilen Eiche und Golm.

Ergänzend informiert Frau Holtkamp, dass sowohl durch den Ausschuss für Bildung und Sport als auch den Ortsbeirat Golm die Vorlage einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen worden ist.

Herr Pahnhenrich bestätigt auch aus Sicht des Ortsbeirates Eiche das Erfordernis für eine Sportanlage und bittet der Vorlage die Zustimmung zu geben.

Auf die Nachfrage von Herrn Pfrogner hinsichtlich einer möglichen Tramtrassensicherung verweist Herr Rubelt, dass daran im Moment nicht festgehalten wird und verweist auf den weiteren Prozess der Anbindung Golm.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 164 "Sportanlagen Kuhfortdamm" (OT Golm) ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 2 und 3).

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.**

**zu 4.5 **Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldtring" und
Flächennutzungsplanänderung "Am Humboldtring" (08/15) - Abwägung,
Zustimmung zum geänderten städtebaulichen Konzept, Änderung des
Bebauungsplan-Entwurfs und Aufhebung der
Flächennutzungsplanänderung "Am Humboldtring" (08/15)
Vorlage: 20/SVV/0157****

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) erinnert an den bereits Ende Oktober 2019 im Ausschuss gegebenen ersten Überblick über die grundsätzlich erzielte Einigung zur Ausgestaltung des Wohnbauprojektes am Humboldtring.

Zur heute vorliegenden Drucksache berichtet Frau Holtkamp anhand einer Präsentation, dass die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 01.04.2015 die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 145 „Am Humboldtring“

sowie die Änderung des Flächennutzungsplanes „Am Humboldtring“ (08/15) beschlossen hat. Ziel der Planung ist, die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung einer Wohnbaufläche für Geschosswohnungsbau sowie eines Gemeinbedarfsstandortes Schule/Kita unter Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Belange des Parkes Babelsberg. Sowohl die Beteiligung der Öffentlichkeit als auch die erneute Beteiligung der Behörden zum Entwurf des Bebauungsplanes sowie der Flächennutzungsplanänderung sind abgeschlossen. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden geprüft und sind in die Planung und Abwägung eingeflossen.

Auf Grund der denkmalpflegerisch kritischen Stellungnahmen aus der Behördenbeteiligung und der sich daran anschließenden intensiven Abstimmungen der denkmalpflegerischen Belange wurde das städtebauliche Konzept noch einmal grundlegend überarbeitet. Dadurch haben sich die Grundzüge der Planung geändert, sodass der Bebauungsplan noch einmal überarbeitet und ausgelegt werden muss. Es konnte jedoch eine Einigung mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und dem Archäologisches Landesmuseum, der Investorin und der Verwaltung der Landeshauptstadt hinsichtlich einer realisierbaren, sowohl denkmalpflegerischen als auch wirtschaftlich Anforderungen gerecht werdenden Lösung erzielt werden. Die, in der Diskussion mit der Denkmalpflege kritische, Wohnbebauung parallel zur Havel entfällt nun vollständig. Dadurch ragt die Bebauung nur noch geringfügig über die im Flächennutzungsplan dargestellte Grenze der Wohnbauflächen hinaus. Der für die Denkmalpflege bedeutende „Sichtfächer“ zwischen dem Park Babelsberg und der Innenstadt von Potsdam wird, durch geeignete Festsetzung im Bebauungsplan dauerhaft freigehalten.

Die geplante Überarbeitung des Bebauungsplans entspricht auf Basis des überarbeiteten städtebaulichen Konzeptes den grundsätzlichen Entwicklungszielen des wirksamen FNP. Im Ergebnis kann der B-Plan aus dem FNP entwickelt werden. Eine Änderung des FNP ist nicht mehr erforderlich.

Frau Holtkamp fasst die wesentlichen Änderungen zusammen:

- Dauerhafte Freihaltung der bedeutsamen historischen Blickbezüge vom Park Babelsberg auf den Havelverlauf und zur Potsdamer Innenstadt als langfristiges Ziel in der Abstimmung mit den Denkmalbehörden
- Verzicht auf 3geschossige Wohngebäude parallel zur Havelstraße
- Errichtung von künftig projektbezogenen notwendigen Stellplätzen für PKWs und Nutzung der verbleibenden Fläche als private Grünfläche
- Bauliche Verdichtung und Erhöhung der Geschossigkeit zur Kompensation des weggefallenen Bauabschnitts führt zur Überschreitung der Obergrenzen der BauNVO

Verschiedene Ausschussmitglieder, wie Herr Dr. Niekisch, Herr Pahnhenrich und Herr Jäkel, berichten, dass das Vorhaben bereits in den Fraktionen durch die Investorin vorgestellt worden ist und sie der Vorlage zustimmen können.

Herr Berlin spricht die Fläche zum Ufer hin an und kann eine teilweise Abholzung des Waldes nicht nachvollziehen.

Herr Pfrogner erkundigt sich nach der rechtlichen Grundlage für die städtebauliche Kompensation.

Herr Tomczak bedauert die Überschreitung der Bauhöhenobergrenzen und hätte sich in der Landschaftsplanung statt Stellplätzen noch eine Qualifizierung gewünscht und verweist auf den sensiblen Umgang mit der Bestandsvegetation.

Herr Matz spricht die Regelungen zur Solarthermie und Photovoltaik an und vermisst hier höherwertige städtebauliche energetische Standards, da das Wohngebiet im Fernwärmevorranggebiet liegt.

Herr Dr Niekisch weist darauf hin, dass es in Potsdam mit der Qualität des Welterbestatus an vielen Stellen einen Kompromiss zwischen Bebauung, Natur- und Kulturräumen geben müsse.

Herr Rubelt verweist auf die intensiv mit den bereits genannten Beteiligten geführten Gespräche, welche zu der hier vorliegenden Kompromisslösung zwischen der Siedlungsentwicklung und dem Landschaftsbild geführt haben. Die Betrachtung der Eingriffe und Ausgleichsmaßnahmen ist vorgenommen worden. Seitens der Denkmalpflege wurde darauf verwiesen, dass auch der hohe Baum- und Gehölzbestand als kritisch empfunden wird, da auch hier die Sichtbeziehungen teilweise beeinträchtigt werden.

Herr Pfrogner stellt folgenden Änderungsantrag:

Zu Ziff. 3

„Der entsprechend überarbeitete Entwurf des B-Planes Nr. 145 ist durch die STVV für die erneute öffentliche Auslegung nach § 4a Abs. 3 BauGB durch Beschluss zu bestätigen.“

Herr Tomczak unterstützt den Antrag und verweist auf den erforderlichen Umgang mit dem Bestandsgrün (bestehenden Vegetation). Die Qualifizierung des freiraumplanerischen Konzeptes sei erforderlich.

Im Anschluss der fortführenden Diskussion stellt der Ausschussvorsitzende den Änderungsantrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: 3/6/0 – damit abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt die ungeänderte Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu

beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 145 "Am Humboldtring" entschieden (gemäß Anlagen 2A und 2B).
2. Dem überarbeiteten städtebaulichen Konzept (gemäß Anlage 3) wird zugestimmt. Der Entwurf des Bebauungsplans soll auf Basis dieses Konzeptes überarbeitet werden.
3. Der entsprechend überarbeitete Entwurf des Bebauungsplans Nr. 145 "Am Humboldtring" ist nach § 4a Abs. 3 BauGB (erneut) öffentlich auszulegen.
4. Der auszuarbeitende städtebauliche Vertrag (Kernpunkte des Vertrages siehe Anlage 5) ist vor einer möglichen Entscheidung über die Planreife nach § 33 BauGB der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.
5. Der Aufstellungsbeschluss der Flächennutzungsplan-Änderung „Am Humboldtring“ (08/15) wird aufgehoben und die dazugehörige Begründung (siehe Anlage 1) gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 4.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/2021

zu 4.6.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 1: Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau Garnisonkirche

Vorlage: 20/SVV/0030

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Reimers beantragt unter Verweis auf den aktuellen Antrag des Oberbürgermeisters zu dem Komplex die Drucksache zurückzustellen und wieder aufzurufen, wenn das Ergebnis vorliegt.

Für den Geschäftsordnungsantrag spricht Herr Fröhlich und verweist auf die morgige Behandlung im Hauptausschuss.

Gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht ein anderes Ausschussmitglied, da es hier um die Frage der Nichtbeteiligung an der Finanzierung durch die Stadt gehe. Dies könne gleich abgestimmt werden.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages

Abstimmungsergebnis: 5/2/2

Damit wird der Antrag zurückgestellt.

**zu 4.6.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 4: Energie-Einsparung durch weniger Straßenbeleuchtung
Vorlage: 20/SVV/0033**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Fröhlich unterstützt den damit verbundenen Prüfauftrag.

Herr Rubelt teilt mit, dass zum Thema Beleuchtung/Licht in der nächsten Sitzung des zuständigen Fachausschusses Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) berichtet wird.

Herr Said spricht sich gegen eine Einschränkung der Beleuchtung aus und verweist auf das durch Licht erzeugte Sicherheitsgefühl, gerade bei Frauen.

Herr Jäkel verweist auf die pauschale Formulierung und empfiehlt, den Antrag nicht anzunehmen.

Herr Dörschel hält das Anbringen von Bewegungsmeldern für sinnvoll, die Licht erzeugen, wenn sich Personen in der Nähe befinden. Er bittet auch innovative Ansätze in die Überlegungen einzubeziehen.

Herr Berlin unterstützt den Antrag und verweist auf hohe Lichterzeugung, ohne dass es an allen Stellen und jederzeit erforderlich wäre.

Herr Pfrogner unterstützt das Antragsanliegen ebenfalls und schlägt die Umwandlung in einen Prüfauftrag vor.

Frau Reimers regt an, die Prüfung innerhalb des Lichtkonzeptes durchzuführen.

Herr Rubelt verweist nochmals auf die Berichterstattung im KUM-Ausschuss und bittet diese abzuwarten.

Herr Pfrogner vertritt die Meinung, dass die Prüfung unabhängig vom Lichtkonzept erfolgen sollte.

Herr Rubelt macht aufmerksam, dass bei der Erarbeitung des Lichtkonzeptes verschiedene Ansprüche zu berücksichtigen sind. Der Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt zielt auf Verwaltungshandeln ab.

Der Ausschuss einigt sich einstimmig auf Zurückstellung des Antrages bis das

Ergebnis aus dem KUM-Ausschuss vorliegt.

**zu 4.6.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 6: Kostenfreier öffentlicher Nahverkehr für alle in Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0035**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Reimers erinnert, dass es diverse Anträge dieser Art gebe und alle in die AG Bürgerticket – als das richtige Gremium - verwiesen worden sind. So sollte auch hier verfahren werden.

Herr Pahnhenrich erkundigt sich, wieviel Beförderungsraum bei der Umsetzung des kostenfreien öffentlichen Nahverkehrs erforderlich wäre und ob die entsprechenden Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Herr Matz äußert, dass kostenfrei und ticketlos nicht das gleiche sei.

Herr Pfrogner plädiert für einen Prüfauftrag.

Herr Jäkel macht aufmerksam, dass derzeit als Zielstellung zu überlegen wäre, kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren zur Verfügung zu stellen und in welchen Schritten man sich dem Ziel nähern könne. Er regt ebenfalls die Umwandlung in einen Prüfauftrag an.

Herr Rubelt bestätigt, dass es eine Reihe von verschiedenen Prüfaufträgen zu diesem Thema gebe, weshalb die AG Bürgerticket ins Leben gerufen worden ist.

Herr Dr.Niekisch stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Überweisung in die AG Bürgerticket.

Herr Dr. Wegewitz spricht dafür und beantragt, den Antrag erst wieder aufzurufen, wenn das Votum der AG Bürgerticket vorliegt.

Den **vorgenannten Änderungsanträgen** wird **einstimmig** gefolgt.

**zu 4.6.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 8: Klimanotstand: Schutzprogramm beschleunigen und Bäume pflanzen
Vorlage: 20/SVV/0037**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Reimers erinnert, dass die Intention bereits Beschlussgegenstand sei.

Herr Said spricht sich für die Einführung eines Baumkatasters aus, um den bestehenden Bedarf zu ermitteln.

Herr Jäkel unterstützt den Antrag.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam berücksichtigt bei allen Entscheidungen ökologische Gesichtspunkte und setzt sich gegen klimaschädliche und ressourcenverbrauchssteigernde Investitionen ein. Zudem werden die Umsetzung des Potsdamer Klimaschutzprogramms beschleunigt und weitere Maßnahmen entwickelt (Stärkung Fuß-/Rad-/öffentlicher Nahverkehr, ökologische Gebäudesanierung, Vorsorge gegen Starkregen und Extremhitze). Auch wird der Baumbestand nicht nur erhalten, sondern in den kommenden Jahren deutlich erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.6.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2020/21 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger', Nummer 10: Autofreie Innenstadt und verkehrsberuhigte Quartiere
Vorlage: 20/SVV/0039**

Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Reimers macht aufmerksam, dass diese Thematik im Verwaltungsgang sei und verweist zudem auf den Widerspruch zwischen dem Titel und Beschlusstext.

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann hält die Zielsetzung des Antrages, den Verkehr soweit wie möglich zurückzunehmen, für gut, insbesondere für die historische Innenstadt. Sie rät jedoch zunächst das umzusetzen, was im Innenstadtverkehrskonzept an Verkehrsberuhigung vorgesehen ist (beispielsweise die Pollersetzung in der Gutenbergstraße) und die Entwicklung abzuwarten. Ebenso müssen gerade auch im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums auch die wirtschaftlichen Belange berücksichtigt werden.

Im Anschluss der weiteren Diskussion unter Beteiligung von Herrn Berlin, Herrn

Dr. Niekisch, Herrn Pfrogner, Herrn Jäkel und Herrn Dörschel, ob sich der Antrag bereits in Umsetzung befindet oder nicht stellt Herr Dr. Niekisch folgenden Antrag, der in die abschließende Abstimmung einfließt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Bürgerhaushaltsvorschlag Nr. 10 ist zurückzustellen in Erwartung dessen, was das Innenstadtverkehrskonzept empfiehlt. Die Prüfung des Antragsinhaltes ist hinsichtlich der besonderen Auswirkung auf das Gesamtgefüge der Wirtschaft und auf der im Innenstadtverkehrskonzept befindlichen Maßnahmen vorzunehmen.

Der Bereich zwischen Hegelallee und Charlottenstraße, Luisenplatz und dem Holländischen Viertel wird zum verkehrsberuhigten und für LKW gesperrten Bereich erklärt (unter Beibehaltung der Fußgängerzone und Ausnahmen für Handwerker und Lieferverkehr). Die hierbei gewonnenen Erfahrungen werden städteplanerisch ausgewertet und in die Planung der Entwicklung von autofreien Quartieren in Potsdam mit einfließen. Dabei soll der bisherige ÖPNV um attraktive Angebote erweitert und eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung vorgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

**zu 4.7 Erster Statusbericht der Strategieplanung zur Entwicklung des Ländlichen Raums von Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0211**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2015 zur Erarbeitung einer fachübergreifenden, umsetzungsorientierten Strategieplanung zur Entwicklung des ländlichen Raumes mit den Akteuren vor Ort. Anhand einer Präsentation informiert Herr Wolfram über die weiteren Schritte und den jetzt vorliegenden ersten Statusbericht. Er führt aus, dass als Steuerungsinstrument für den Umsetzungsprozess eine fortschreibungsfähige Maßnahmenübersicht erarbeitet worden ist, die regelmäßig aktualisiert wird. Auch die gezielte Fördermittelakquisition soll fortgesetzt werden. Dazu sind planerische Verknüpfungen u.a. mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept geplant.

Bei der Maßnahmenumsetzung konnten in vielen Bereichen bereits signifikante Projektfortschritte erzielt werden. Vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen und daher erforderlicher Prioritätensetzungen gibt es aber auch Maßnahmen mit eher langfristiger Umsetzungsperspektive.

Aufgrund der hohen Entwicklungsdynamik in den Ortsteilen und entsprechend den Empfehlungen aus der Strategieplanung ist vorgesehen, den zweijährigen Turnus der Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung über den Umsetzungsstand und den Fortschritt der Strategieplanung zur Entwicklung des

Ländlichen Raums beizubehalten.

Ab 2023, also nach fünf Jahren Laufzeit, ist eine umfassendere Überprüfung der bis dahin erzielten Effekte und eine Aktualisierung der Zustandsanalyse des Ländlichen Raums von Potsdam vorgesehen.

Auf einzelne Nachfragen geht Herr Wolfram ein und schlägt vor, die Präsentation den Ausschussmitgliedern als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes **nimmt die Mitteilungsvorlage 20/SVV/0211 zur Kenntnis.**

zu 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 6 **Sonstiges**

Zu den eingangs gestellten Fragen von Frau Dr.Chwolik-Lanfermann informiert Herr Rubelt:

- Die Einladungen für den Workshop zur Evaluation des Weihnachtsmarktes werden derzeit vorbereitet und gehen dann raus. Die terminliche Abstimmung ist erfolgt. Der Workshop wird am 29.4.2020 durchgeführt.
- Der Termin zur Besichtigung der Musterpflasterung für die Brandenburger Straße kann gern auch durch die Mitglieder des SBWL-Ausschusses wahrgenommen werden. Der Treffpunkt ist am Freitag, den 20.3.2020, um 13.00 Uhr auf dem Bauhof Am Buchhorst 43.

Frau Dr. Chwolik-Lanfermann verweist hinsichtlich der beabsichtigten Beachvolleyballanlage an der Erich-Mendelsohn-Allee kritisch auf die für die Anwohner zu erwartende Schallbelästigung und bittet um Auskunft, in welcher Form vorher mit den Anwohnern gesprochen worden ist..

Herr Rubelt teilt mit, dass es sich hier um zwei private Anliegen handelt, die gegeneinander abzuwägen sind. Es gibt eine Baugenehmigung.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) ergänzt und erinnert, dass hier Aufträge aus der Stadtverordnetenversammlung umgesetzt worden sind. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Auftrag erteilt, die Beachvolleyballanlage nicht ersatzlos zu streichen, sondern einen neuen Standort zu finden. Diesem Auftrag ist die Verwaltung nachgekommen. Hier handelt es sich um ein kommerzielles privates Bauvorhaben, zu dem die Verwaltung keine Beteiligung durchgeführt hat. Gleichwohl gibt es Abstimmungen durch den Investor mit dem Entwicklungsträger. Die Kontaktaufnahme mit den

Anwohnern ist für den Betreiber schwierig, wenn er noch keine Baugenehmigung hat. Die Information der Anwohner/innen ist für Montag, den 16.3.2020 um 17.00 Uhr vor Ort vorgesehen. Grundlage für diese Planung ist ein Lärmschutzgutachten, mit welchem die grundsätzliche Machbarkeit an diesem Standort nachgewiesen worden ist. Die Baugenehmigung enthält entsprechende Nebenbestimmungen.

Auf die Frage von Herrn Dr. Wegewitz zur Heinrich-Mann-Allee erinnert Herr Rubelt an die Mitteilungsvorlage, welche im Nachgang der Einwohnerversammlung in die Januar-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorgelegen hat. Dort ist keine weitere Befassung beschlossen worden.

Herr Rubelt unterbreitet das Angebot, im zuständigen Fachausschuss Klima, Umwelt und Mobilität über den weiteren Sachstand und über die veranlassten Prüfungen zu berichten.

Dr. Wieland Niekisch
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift